

IZA–Pressemitteilung, 26. Oktober 2011

„Den deutschen Arbeitsmarkt demografiefest machen“

IZA–Direktor Zimmermann zum Demografiebericht der Bundesregierung

Der heute von der Bundesregierung vorgestellte Demografiebericht macht deutlich, dass insbesondere der Arbeitsmarkt in Deutschland auf die tiefgreifenden Veränderungen der kommenden Jahrzehnte nur schlecht vorbereitet ist. Dazu IZA–Direktor Klaus F. Zimmermann in einer Stellungnahme: „Die seit Ende der neunziger Jahre durchgeführten erfolgreichen Arbeitsmarktreformen müssen ebenso entschlossen durch ein zweites Reformpaket ergänzt werden, um den Arbeitsmarkt demografiefest zu machen. Wer glaubt, durch die demografiebedingten Veränderungen werde Deutschland automatisch wieder zu Vollbeschäftigung finden, ist auf dem Holzweg.“

Der Demografiebericht legt die zentralen Schwachpunkte offen, die jetzt korrigiert werden müssen. Um den demografischen Wandel beschäftigungsorientiert zu gestalten, schlägt Zimmermann einen Fünf–Punkte–Katalog vor:

1. Mehr Anreize, Ältere länger in Beschäftigung zu halten. Wenn es gelingt, unter den 55– bis 65–Jährigen bis 2025 eine Beschäftigungsquote von mindestens 70 Prozent zu erreichen (derzeit liegt die Quote bei 55 Prozent), können mehr als eine Million zusätzliche Arbeitskräfte gewonnen werden. Ebenso sollten die Anreize für jene verbessert werden, die auch über die Regelaltersgrenze hinaus flexibel länger arbeiten wollen. Das Festhalten an starren Rentenaltersgrenzen ist mit Blick auf die demografischen Veränderungen nicht mehr zeitgemäß.

2. Bessere Abstimmung von Bildungs– und Arbeitsmarktpolitik. In wichtigen Mangelberufen etwa im Gesundheits– und Pflegesektor, dem Bereich Umwelt, Energie und Klima oder den Naturwissenschaften werden schon heute zu wenige Fachkräfte ausgebildet. Dies gilt nicht nur für die Hochschulen, sondern auch für den handwerklich–praktischen Bereich. Hier muss die Bildungspolitik gezielter ansetzen.

Corporate Communications: Mark Fallak

3. Ausbau der Kinderbetreuungsangebote. Die verschiedenen familienpolitischen Leistungen von jährlich rund 200 Milliarden Euro müssen stärker auf die frühkindliche sowie die schulergänzende Betreuung konzentriert werden, um Frauen bessere Berufsperspektiven zu bieten. Hier liegt Deutschland im internationalen Vergleich dramatisch zurück. Bis zu 2,4 Millionen Frauen, darunter viele Hochqualifizierte, könnten bei besserer Vereinbarkeit von Familie und Beruf zusätzlich für den Arbeitsmarkt gewonnen werden.

4. Bedarfsgesteuerte Zuwanderung über Punktesystem. Die vom Freistaat Sachsen mit Unterstützung des IZA entwickelte Konzeption eines Punktesystems für die aktive Steuerung der Arbeitsmigration nach Deutschland muss noch vor den Bundestagswahlen 2013 angepackt werden. Entscheidet sich Deutschland nach dem erfolgreichen Beispiel anderer Länder ebenfalls für ein transparentes und flexibles Konzept für einen bedarfsorientierten Zuzug von Fachkräften, könnte das BIP bis 2020 um bis zu 100 Milliarden Euro gesteigert werden.

5. Bessere Integration von Langzeitarbeitslosen. Bisher ist es nicht gelungen, Langzeitarbeitslose besser in das Beschäftigungssystem zu integrieren. Da es in der Gesellschaft der Zukunft ausreichend Arbeit für alle gibt, muss der Bezug einer öffentlich finanzierten Sozialleistung stärker an die Pflicht zur Gegenleistung gekoppelt werden, wozu Maßnahmen der beruflichen wie sozialen Weiterqualifizierung ebenso gehören wie Aufgaben im Bereich ehrenamtlicher oder gering entlohnter Tätigkeiten.